

G 20-Gegner planen Großdemonstration

Hamburger Bündnis formiert sich

VON MARKUS LORENZ

Hamburg. Die G 20-Staaten kommen nach Hamburg – und Zehntausende Gipfelgegner kommen mit: Zum Treffen der wichtigsten 20 Industrie- und Schwellenländer im kommenden Sommer hat ein breites Bündnis am Donnerstag eine Großdemonstration angemeldet. Die Organisatoren um Attac, DGB Jugend, Links-Partei und verschiedener linker Gruppen hoffen auf einen Zulauf wie beim Anti-Ceta-Marsch im Oktober, als mehr als 60 000 Menschen durch Hamburg zogen.

Die Großdemo am zweiten Gipfeltag (8. Juli) steht unter dem Motto „G 20 – not welcome“. Geplant sind den ganzen Tag über mehrere Protestzüge durch die Innenstadt sowie an den Tagungsorten Messehallen und Rathaus vorbei. Dazu soll es diverse Kundgebungen geben. Die Hansestadt erwartet am 7. und 8. Juli 2017 die Staats- und Regierungschefs der G 20-Staaten sowie etwa 6500 Delegationsmitglieder und etliche Medienvertreter aus aller Welt. Anmelder der Großdemonstration ist der Hamburger Linken-Bundestagsabgeordnete Jan van Aken. Er wirft der G 20-Gruppe eine „Selbstermächtigung“ zulasten ärmerer Staaten vor. „Die 20 reichsten Länder wollen in Hamburg über den Rest der Welt bestimmen, das geht nicht.“ Inhaltlich soll es bei den Gegenaktionen unter anderem um Rassismus, Ausbeutung, Vertreibung, Militarismus und Umweltzerstörung gehen. Für die Veranstaltung soll in ganz Europa mobilisiert werden.

Erklärtes Ziel der Veranstalter ist es, ein Zeichen gegen „einige der übelsten Vertreterinnen und Vertreter des heutigen Weltpolitik“ zu setzen. Die Kritik richtet sich vor allem gegen den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan, seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin und gegen den designierten US-Präsidenten Donald Trump, die alle nach Hamburg kommen werden. Bündnispartner Werner Rätz von Attac: „Wer sich solche Gäste in seine Stadt einlädt, hat sich selbstverständlich auch den internationalen Widerstand eingeladen.“

Rätz und van Aken gehen von einem gewaltlosen Verlauf der Aktionen aus, andere Bündnisteilnehmer kündigen derweil aber an, es werde keine „Latschdemo“ werden. Sollte es doch zu Gewalt kommen, kennt van Aken schon jetzt den Schuldigen: „Ob es friedlich bleibt oder nicht, liegt ausschließlich an der Polizei.“ Die Stadt will den Gipfel mit 10 000 Polizisten schützen.

IRAK

Dutzende Tote bei Anschlag

Falludscha. Bei einem Selbstmordanschlag auf eine Hochzeitsgesellschaft in der irakischen Stadt Falludscha sind mindestens 30 Menschen getötet worden. Der Anschlag am Donnerstag sei mit einem sprengstoffbeladenen Auto ausgeführt worden, bestätigte ein Mitarbeiter der Sicherheitskräfte. Bei dem Attentat in Falludscha westlich der Hauptstadt Bagdad seien zudem 45 Menschen verletzt worden. Die Zahl der Toten könnte aufgrund vieler Schwerverletzter noch steigen. Zunächst bekannte sich niemand zu der Tat.

DPA

LINKE

Armutsforscher soll antreten

Köln. Die Linken wollen voraussichtlich den renommierten Armutsforscher Christoph Butterwegge als Kandidaten um das Amt des Bundespräsidenten aufstellen. Er sei im Gespräch und grundsätzlich bereit dazu, am 12. Februar in der Bundesversammlung anzutreten, sagte der parteilose Politikwissenschaftler in Köln. In Parteikreisen in Berlin wurde dies bestätigt. Offiziell wollen Partei- und Fraktionsführung am Montag über ihren Kandidaten beraten und ihren Beschluss verkünden.

DPA

FLÜCHTLINGSKRISSE

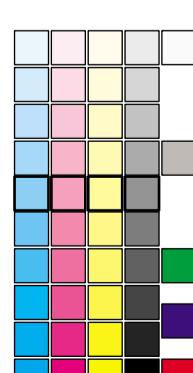
Hunderte Tote im Mittelmeer

Rom. Die Tragödien im Mittelmeer nehmen kein Ende. Bei vier Bootsunfällen binnen zwei Tagen kamen nach Behördenangaben mehr als 340 Menschen im Mittelmeer ums Leben. „Die Schlepper nehmen keine Rücksicht auf die schlechten Wetterbedingungen“, sagte ein Sprecher der internationalen Migrationsbehörde IOM in Rom. „Überlebende haben uns berichtet, dass sie gezwungen wurden, in die Boote zu steigen, obwohl sie wegen des Wetters nicht wollten.“

DPA

WESER KURIER

Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.



Gauck wirbt für lebendige Demokratie

Bundespräsident beendet fünfjährigen Japanbesuch / Warnung vor Ängsten und Vorurteilen

VON THOMAS LANIG

Kyoto. Es war noch einmal ein Termin ganz nach seinem Geschmack. An der Universität von Kyoto, einer der wichtigsten Japans, traf der Bundespräsident eine Gruppe Studenten und Doktoranten, alle der deutschen Sprache mächtig. Eigentlich wollte Joachim Gauck vor allem den jungen Leuten zuhören, am Ende redet natürlich auch er, ziemlich viel, ziemlich gut gelaunt. Es ist seine letzte größere Auslandsreise als Bundespräsident. Wehmuth verspürt er nicht, sagt er, noch nicht.

Gauck hat während seines fünfjährigen Besuchs in Japan Kaiser Akihito getroffen, den Ministerpräsidenten Shinzo Abe, Bürgermeister und Gouverneure. Aber: „Mich interessieren immer auch die Menschen, die

„In die operative Politik mische ich mich nicht ein.“
Bundespräsident Joachim Gauck

regiert werden“, sagt er und will damit demonstrieren, dass er eben nicht nur mit gekrönten Häuptern, Staats- und Regierungschefs spricht auf seinen Auslandsreisen, sondern auch etwas vom wirklichen Leben mitbekommen will.

Gauck warb für eine lebendige Demokratie. „Demokratie muss ein lernfähiges System sein“, erklärt er den jungen Leuten, und einiges mehr: China habe eine „frühkapitalistische Wirtschaft“, zuhause wolle er einen „deutschen islamischen Religionsunterricht“. Und so weiter. Wenn die Fragen zu konkret werden, etwa zur deutschen Politik nach dem Wahlsieg Donald Trumps in den USA, wiederholte er, was er oft gesagt hat in den fast fünf Jahren: „In die operative Politik mische ich mich nicht ein.“

Mehr als 50 Länder hat Gauck in seiner Amtszeit bisher besucht, demonstrativ begann es mit einem Antrittsbesuch in Polen. Früher Höhepunkt war die Einladung der niederländischen Königin Beatrix zum Tag der Befreiung nach Breda. Es folgten Israel und Frankreich, Italien und Dänemark, Kolumbien und Brasilien, Indien und Myanmar und dann 2014 das große Jahr des Gedankens an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Mit der Rede im Januar 2014 vor der Münchener Sicherheitskonferenz hat Gauck sein großes Thema gefunden, das ihn auch auf vielen Auslandsreisen nicht loslässt. Deutschland darf sich nicht mehr wegducken, muss



Bundespräsident Joachim Gauck besucht in Kyoto den Ginkakuji-Tempel und wird vom Abt Raitei Arima begrüßt.

FOTO: DPA

Verantwortung übernehmen, im Notfall auch militärisch. Damals wäre die Idee eines US-Präsidenten Donald Trump noch als niveauloser Scherz abgetan worden.

Jetzt treibt das Ergebnis der US-Wahlen Gauck an, sein Plädoyer zu untermauern. Deutschland und Japan müssten mehr für ihre Verteidigung tun, sagt er, wohl wissend, dass er damit in Japan eine heikle Debatte befürchtet. Während Kaiser und Kronprinz nach dem schuldbeladenen Zweiten Weltkrieg das Prinzip des Pazifismus hochhalten, will der stramm konservative Premier Abe das militärische Engagement Japans erweitern.

Aber bei aller Bewunderung für Kaiser Akihito: Pazifismus ist aus Gaucks Sicht kei-

ne Option. Es könnte sogar unethisch sein, sich aus Konflikten herauszuhalten.

Auch ein anderes zentrales Thema seiner Amtszeit begegnet Gauck in Japan. Immer wieder hat er versucht, Zutrauen statt Verunsicherung zu predigen, aber der Aufstieg der rechten Populisten auch in Deutschland wird selbst im Fernen Osten mit Beunruhigung registriert.

„In diesem Tagen erkenne ich manchmal mein Deutschland nicht wieder“, sagt der japanische Germanist und Politikwissenschaftler Takeshi Kawasaki, als ihm Gauck einen Preis verleiht. Er verweist auf Stimmungen, Ängste und Vorurteile gegen alles Fremde. Diese Sorge ist Gauck nicht unbekannt, aber man muss ihm unterstellen, dass

er sein Deutschland – trotz AfD und Pegida, trotz rechter Anschläge auf Flüchtlingsheime und ausländerfeindlicher Hetze im Netz – durchaus noch erkennt. Als er im Juni seinen Verzicht auf eine zweite Amtszeit erklärt, geschah das auch in der Gewissheit, dass Deutschland trotz Flüchtlingskrise und AfD-Erfolg nicht in einer schweren Krise steckt. „Das Staats Schiff ist nicht im Orkan, aber es gibt Wellen“, sagte er damals.

Noch bleiben auf den Tag genau vier Monate, den Deutschen Mut zuzusprechen, und den Verunsicherter entgegenzutreten. Dass aller Voraussicht nach Außenminister Frank-Walter Steinmeier sein Nachfolger wird, lässt Gauck offensichtlich entspannt auf sich zukommen. „Mit einem Lächeln im Gesicht.“

Justizminister machen Druck

Hassbotschaften im Internet sollen schneller gelöscht werden

VON SASCHA MEYER

Berlin. Hassbotschaften und illegaler Waffenhandel im Internet sollen nach dem Willen der Länder-Justizminister schärfer unterbunden werden. Für soziale Netzwerke wie Facebook solle eine Pflicht geprüft werden, die Zahl der gelöschten Hasskommentare regelmäßig öffentlich zu machen, beschlossen die Minister am Donnerstag bei einer Konferenz in Berlin. Weltweit tätige Plattformen müssten Ansprechpartner im Inland haben und schneller tätig werden. Um Waffenhandel in getarnten Internetbereichen („Darknet“) zu stoppen, seien auch Änderungen des Waffengesetzes zu prüfen, hieß es weiter.

Die Minister dringen außerdem auf neue Klagemöglichkeiten bei Verbraucherschäden wie etwa im VW-Skandal. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) will einen Entwurf für solche „Musterfeststellungsklagen“ noch in diesem Jahr in die Abstimmung in der Regierung geben. Damit sollen Verbrauchergruppen solche daher unter Strafe gestellt werden.

mern (IHK) sowie Handwerkskammern in Fällen mit Tausenden Betroffenen eine Grundsatzklärung des Sachverhalts erwirken können. Diese könnte dann Basis für anschließende Einzelentscheidungen sein.

Zu Online-Hassbotschaften sagte Hamburgs Justizsenator Till Steffen (Grüne), binnen 24 Stunden müsse entschieden sein, ob ein Beitrag gesperrt wird. Nicht-Handeln der Betreiber müsse Konsequenzen haben, wobei für systematisches Versagen bis zu einer Million Euro Bußgeld denkbar wären. Maas machte deutlich, dass er mit bisherigen Bemühungen mehrerer Netzwerke für ein schnelleres Löschen unzufrieden ist. Ohne wesentliche Verbesserungen wären gesetzliche Maßnahmen zu prüfen.

Der nordrhein-westfälische Ressortchef Thomas Kutschaty (SPD) sagte, das sogenannte Darknet habe sich zum Onlineshop für Kriminelle entwickelt. Dort habe sich auch der Amokläufer von München seine Waffe beschafft. Schon das Anbieten solcher Gegenstände solle daher unter Strafe gestellt werden.

Saarbrücken. Die Deutschen müssen in den kommenden Jahren auf dem Weg in eine digitale Gesellschaft von der bisher geltenden Vorstellung von Datenschutz Abschied nehmen. Dies machte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag beim 10. Nationalen IT-Gipfel deutlich. „Das Prinzip der Datensparsamkeit, wie wir es vor vielen Jahren hatten, kann heute nicht die generelle Leitschnur sein für die Entwicklung neuer Produkte“, sagte sie. Die Umsetzung der neuen EU-Datenschutz-Grundverordnung vom Mai dürfe „nicht so restriktiv“ sein, dass sie das Big-Data-Management verhindere. Unter Big Data werden große Datenmengen verstanden, die in Zukunft für die Wirtschaft immer wichtiger werden. Es gehe beim Datenschutz „um Leitplanken, um das Verhindern von Exzessen – aber es geht auch um Freiräume, die erhalten bleiben, um neue Entwicklungen zu ermöglichen“, so Merkel.

Auch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) zeigte sich überzeugt, „dass wir uns

endgültig verabschieden müssen von dem klassischen Begriff des Datenschutzes, weil der natürlich nichts anderes ist als ein Minimierungsgebot von Daten“. Dies sei „das Gegenteil des Geschäftsmodells der digitalen Welt“. Datenschutz werde damit nicht völlig aufgegeben. Es gehe vielmehr darum, „statt Datenschutz Datensouveränität zum Gegenstand von Politik im Umgang mit Daten zu machen“.

Google-Chef Sundar Pichai meinte: „Wenn man die Innovation voranbringen will, dann muss man auch Risiken eingehen.“ Man müsse eine Balance zwischen Datenschutz und der Notwendigkeit offener Daten finden. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) plädierte für eine „gute Datenpolitik“, die Deutschland als Datenstandort etabliere. „Keine Daten in Deutschland heißt Datenverwertung woanders und Datenschutz woanders.“ Die Nutzung von Daten durch Industrie und Wirtschaft müsse ermöglicht, „jedenfalls aber nicht verhindert werden“. Zugleich müssten die Rechte von Bürgern und Unternehmen geschützt werden.

Desertierter US-Soldat scheitert mit Asylantrag

Gericht in München: André Shepherd hat sich nicht mit der Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung beschäftigt

VON FABIAN NITSCHMANN

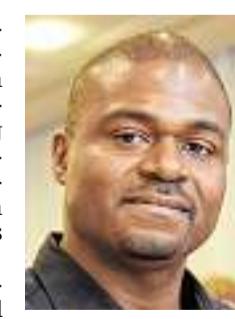
München. Der desertierte US-Soldat André Shepherd ist mit seinem Asylantrag vor dem Verwaltungsgericht München gescheitert. Das Gericht sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Fahnenflucht des Klägers nicht das letzte Mittel gewesen sei, um nicht an der Begehung von Kriegsverbrechen beteiligt zu werden, teilte Sprecher Florian Huber am Donnerstag mit. Shepherd habe sich trotz seiner moralischen Zweifel nicht mit der Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung beschäftigt und auch sonst keine Versuche unternommen, eine Versetzung oder eine Entlassung zu bewirken.

Shepherd war im April 2007 von seinem US-Stützpunkt in Bayern geflohen, um einem weiteren Einsatz im Irak-Krieg zu entgehen. Der heute 39-Jährige beantragte Asyl in Deutschland, die Behörden lehnten den Antrag jedoch ab. Mit der Zuversicht, „zu 100 Prozent im Recht zu sein“, zog Shepherd vor das Verwaltungsgericht München.

Das Gericht hatte das Verfahren im Jahr 2013 ausgesetzt und dem Europäischen Ge-

richtshof (EuGH) Fragen zur Auslegung von Vorschriften im EU-Flüchtlingsrecht vorgelegt. Nach dem EuGH-Urteil aus dem Februar 2015 gab es nur noch wenig Hoffnung für Shepherd: Eine drohende Freiheitsstrafe oder die Entlassung aus der Armee könnten nicht als Asylgründe im Sinne des europäischen Rechts gelten.

Bei der Fortsetzung des Prozesses am Mittwoch musste Shepherd in einer fünfständigen Verhandlung seine Gedanken und Motivationen erläutern. Die Kammer befragte ihn detailliert zu seinen Erlebnissen vom Eintritt in die Armee bis zu seiner Fahnenflucht. Vor allem zwei Vertragsverlängerungen während und kurz nach seinem Irak-Einsatz warfen bei den Richtern Fragen zur Glaubwürdigkeit des Soldaten auf. Shepherd hielt dagegen, dass er durch die Vertragsverlängerungen gerade eine erneute Stationierung im Irak habe vermieden, den wollen – sein Rekrutierungsoffizier habe ihm damals garantiert, dass er bei einer Ver-



André Shepherd

FOTO: DPA

längerung nicht erneut in den Irak müsse.

Rechtsanwalt Reinhard Marx beklagte noch während des Prozesses, dass es über Stunden nur um die Glaubwürdigkeit seines Mandanten statt um den Kern der Debatte gegangen sei. „War er in der Gefahr, an Kriegsverbrechen teilnehmen zu müssen? Um diese Frage geht es eigentlich“, sagte Marx gegen Ende der Verhandlung. Das Gericht konterte im Urteil: Shepherd habe nicht plausibel klar gemacht, dass seine Einheit in Kriegsverbrechen verwickelt worden wäre.

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl erklärte kurz nach der Urteilsverkündung, dass sie Shepherd auch weiterhin unterstützen werde. Das Gericht sei „vor festgelegt“ gewesen und habe die Aussagen Shepherds nicht angemessen in den Kontext des Irakkriegs eingebettet. „Ich habe seit langem nicht mehr so ein einseitiges Spiel in einem deutschen Verwaltungsgericht erlebt“, sag-

te Pro-Asyl-Vorstand Bernd Mesovic. Gemeinsam mit Anwalt Marx werde eine Beauftragungsklage vorbereitet.

Unterdessen bitten vier Monate nach dem Putschversuch in der Türkei mehrere türkische Soldaten aus dem Nato-Hauptquartier im pfälzischen Ramstein in Deutschland um Asyl. Eine genaue Zahl nannte der Landrat des Kreises Kaiserslautern, Paul Junker (CDU), nicht. „Wir haben Asylanträge von mehr als einer türkischen Familie bekommen“, sagte Junker. Zu den Gründen der Antragsteller erklärte er nur: „Wir können es uns alle denken, aber ich sage Ihnen dazu nichts weiter.“ Auch zum Aufenthaltsort der Flüchtlinge machte er keine Angaben. Die Anfang November gestellten Anträge seien an die Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Trier weitergeleitet worden.

Auf dem US-Militärflugplatz im pfälzischen Ramstein ist auch das Hauptquartier der Nato-Luftstreitkräfte angesiedelt. Zu den rund 500 Soldaten, die dort stationiert sind, gehören nach Angaben eines Nato-Sprechers etwa 30 Türken.